

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich nachmittags für den folgenden Tag

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Die Deutsche Allgemeine Zeitung, die ihren Leserkreis fortwährend in allen Theilen Deutschlands in der erfreulichsten Weise steigen sieht, wird auch in Zukunft den Anforderungen, welche an sie gestellt werden, zu entsprechen suchen: durch unabhängige, freisinnige Haltung, gebiegene Leitartikel, zuverlässige Originalcorrespondenzen, zahlreiche telegraphische Depeschen, reichhaltiges Feuilleton und endlich durch sorgfältigste Beachtung und Vertretung des Handels und der Industrie. In letzterer Hinsicht hat die Deutsche Allgemeine Zeitung schon seit einiger Zeit besondere Veranstaltungen getroffen, um diese zu immer größerer Wichtigkeit gelangten Factoren des öffentlichen Lebens in vollständigster und gewissenhaftester Weise zu berücksichtigen und dadurch der Handelswelt wie dem großen Publikum eine Uebersicht darüber zu gewähren. Als sächsisches Blatt sucht endlich die Deutsche Allgemeine Zeitung in Betreff der Angelegenheiten Sachsens die Ansprüche ihrer sächsischen wie ihrer auswärtigen Leser gleichmäßig zu befriedigen. Das Abonnement auf die Deutsche Allgemeine Zeitung beträgt vierteljährlich nur 1 1/2 Thlr. Inserate (die Zeile 2 Ngr.) finden durch sie die weiteste und zweckmäßigste Verbreitung.

Die Regentschaft in Preußen.

II.

Leipzig, 20. Sept. Es ist eine häufige Erfahrung, daß an jeden Wechsel der regierenden Persönlichkeit hochgespannte, zum Theil überschwengliche Erwartungen von Verbesserungen im Staatsleben, von großen und bedeutungsvollen Acten der innern wie der äußern Politik geknüpft werden — Erwartungen, denen, eben weil sie zu hoch gespannt sind, in der Regel eine mehr oder weniger starke Enttäuschung folgt. Die Gefahr solcher Illusionen ist doppelt groß in einem Lande wie Preußen, wo man seit langem gewöhnt ist, den Anstoß zu allen Fortschritten des Staatswesens nach innen und außen lediglich von oben her, von den Regenten selbst gegeben zu sehen. Welchen ausschweifenden Einbildungen und Hoffnungen man in dieser Hinsicht dort bei dem letzten Regierungswechsel, 1840, sich hingab, ist noch in frischer Erinnerung. Wir müßten uns sehr täuschen, oder auch jetzt wieder ist die Zahl derer groß, welche mit der Idee einer Regentschaft die Erwartungen der durchreisenden und weitgehenden Veränderungen in dem gesammten politischen System Preußens verbinden. Wie uns scheint, liegt hier die Gefahr einer Täuschung sehr nahe. Ganz abgesehen davon, daß der künftige Regent Preußens schon aus nahe liegenden persönlichen Rücksichten, ebenso aber auch aus sachlichen Gründen der Staatsklugheit, scharffe Uebergänge und Gegensätze vermeiden und, soweit thunlich, eine gewisse Stetigkeit in dem Gange der Regierung festzuhalten suchen wird, ist es ja auch gerade durch die Natur desjenigen politischen Systems, welches man von dem künftigen Staatsoberhaupt Preußens mit aufrichtiger Hingebung erpäht zu sehen wünscht und erwartet, des constitutionellen, entschieden bedingt, daß der Regent die Gestaltung des Staatslebens nicht sowohl autokratisch bestimmend vollziehe, als vielmehr sich selbst vollziehen lasse. Zu hastigen Entschlüssen, zu einer gewaltsamen Initiative, wenn auch im bestimmenden Sinne, ist in diesem System kein Raum. Was man erwarten kann und darf, ist, daß der Entwicklung des constitutionellen Systems die volle, unverkürzte Freiheit gesichert werde, dessen es bedarf. Dazu ist schon jetzt, durch die Hintanhaltung einseitiger bureaukratischer Einflüsse auf die Wahlen der Abgeordneten, ein erfreulicher und vielversprechender Anfang gemacht. In ruhiger, aber consequenter Verfolgung dieses Wegs wird man sodann die aus freien, unabhängigen Wahlen hervorgegangene Vertretung der Nation auch als solche dadurch anerkennen und respectiren, daß man ihren Beschlüssen — im ganzen Umfange ihrer zweifelsohne verfassungsmäßigen Competenz — die volle Kraft eines mitbestimmenden Factors in der Leitung der Staatsangelegenheiten einräumt und sich beschelbet, weder auf die Bildung derselben einen andern als einen streng verfassungsmäßigen, parlamentarischen Einfluß zu üben noch die einmal gefaßten in der ihnen zuständigen Rechtskraft und Wirksamkeit für das öffentliche Leben irgendwie zu beschränken.

Wollte man mehr als dies, wollte man jähe Entschlüsse und Maßregeln im Sinne des gewünschten Fortschritts erwarten, so könnte dies leicht einen doppelten bedenklichen Nachtheil herbeiführen. Fürs erste möchte die auf solche überspannte Erwartungen folgende Enttäuschung eine Verstimmlung erzeugen, welche am Ende gar das Vertrauen zu der neuen Staatsleitung auf eine durchaus ungerechtfertigte Weise schwächen, umgekehrt aber, in ihrer fast unausbleiblichen Rückwirkung auf letztere selbst, diese mit Mißtrauen gegen einen so wankelmüthigen und ausschweifenden Volksgelst erfüllen, genug, nach beiden Seiten hin das so wünschenswerthe gute Einvernehmen zwischen Volk und Regierung fördern dürfte. Fürs zweite aber könnte die irtige Einbildung, als ob nun alles gethan sei und Freiheit, Fortschritt, Zufriedenheit im Innern und Macht nach außen dem preussischen Volke von selbst in den Schoß fallen würden, dieses letztere leicht wieder in denselben Schlummer der Passivität und der blinden Hingebung an die providentielle Macht und Stellung der Regierung einwiegen, aus welchem es kaum erst durch die eiserne Nothwendigkeit der Behauptung

mühsam gewonnener politischer Resultate aufgerüttelt worden ist. Wir haben nicht wenige Stimmen und, zu unserm Erstaunen, sogar unter den anscheinend politisch Gebildeten des preussischen Volks gehört, welche andeuten, wie man in jenen Kreisen von einem Wechsel der politischen Ansichten in der Spitze des Staats alles, ohne einen solchen gar nichts zu erwarten scheint. Das ist eine trostlose, eines nach politischer Freiheit strebenden Volks durchaus unwürdige Gesinnung, und es wäre gewiß höchst nachtheilig, wenn diese Gesinnung, die, wie gesagt, in vielen Kreisen des preussischen Volks noch immer vorherrscht, durch überspannte Hoffnungen und Anforderungen rücksichtlich der neuen Regierung noch mehr genährt oder noch weiter ausgebreitet würde. Im Gegentheil, gerade unter der Voraussetzung und bei der ziemlich sichern Hoffnung, daß inskünftig in den maßgebenden Regionen des preussischen Staats eine strengere Zurückhaltung in Bezug auf das Gewährenlassen der freien Bewegung des Volksgelstes und der Entwicklung des politischen Parteigetriebes stattfinden werde, ist nichts weniger als ein passives Zusehen, Abwarten und die Hände in den Schoß legen, ist vielmehr eine erhöhte Mühsamkeit, ein festeres Zusammenhalten, ein zäheres und beharrlicheres Ringen aller Wohlgesinnten nach Durchsetzung ihrer Wünsche auf dem gegebenen und allein sichern Boden der Verfassung und der parlamentarischen Arena dringendstes Erforderniß und ernsteste Pflicht. Nur wenn man dies thut, wird man einer sonst unausbleiblichen gefährlichen Täuschung entgehen und darf man hoffen, die Früchte eines Umschwungs zu ernten, dessen wesentlichster Gegensatz zu dem bisher verfolgten, so vielfach als nachtheilig anerkannten System ja gerade darin besteht wird, daß, wie man hofft, nicht von den regierenden Kreisen aus ferne mehr dem Denken und Thun des Volks im Politischen wie im Religiösen Gewalt angethan und Zwang auferlegt, sondern in aller Hinsicht die volle Freiheit selbstthätiger Entwicklung gewährt werden soll.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 17. Sept. In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung ist, dem Vernehmen nach, die holsteinische Angelegenheit nicht zum Vortrag gelangt, da die vertrauliche Vernehmung des dänischen Gesandten seitens der vereinigten Ausschüsse noch nicht abgeschlossen ist. Den Hauptbestandtheil der Sitzung bildeten Festungsangelegenheiten. (Zeit.)

Die Neue Hannoversche Zeitung schreibt aus Hannover vom 18. Sept.: Von der General-Zollconferenz vernehmen wir, daß dieselbe sich gegenwärtig unangeseht mit der Erwägung der von den verschiedenen Vereinsregierungen gestellten Anträge beschäftigt und namentlich in der letzten Zeit die von Preußen und Baden vorgelegten Entwürfe über ein gemeinsames neues Regulativ wegen Gewährung einer Zollvergütung für die Ausfuhr von Tabacksfabrikaten aus fremden Tabackblättern beraten hat. Daß die Durchgangsabgabenangelegenheit schon wieder zur Erörterung gezogen sei und eine günstigere Wendung genommen habe, glauben wir nach den uns zugegangenen Nachrichten bezweifeln zu müssen. Gleichwol wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese wichtige und von der gesammten deutschen Handelswelt mit so lebhaftem Interesse verfolgte Frage noch eine befriedigende Lösung finden werde, zumal wenn sich die von Berlin aus in neuerer Zeit vielfach verbreitete Nachricht bewahrheiten sollte, daß die Stimmung sich dort an maßgebender Stelle geändert habe und nunmehr einer Aufhebung der Transitzölle zugethan sei. Die Besuche, welche die Mitglieder der Conferenz den Hafenplätzen an der Unterweser und Elbe gemacht haben, sind, wie wir hören, befriedigend ausgefallen. Dieselben werden hoffentlich den Herren die Ueberzeugung verschafft haben, daß ein so großartiger Verkehr, wie er dort stattfindet, mit den beengenden Formen, welche die Zollgesetzgebung vorschreibt, nicht verträglich ist, und daß es nur im eigenen Interesse des Zollvereins liegt, wenn derselbe sobald wie möglich darauf Bedacht nimmt, seine Controlden weniger minutiös und weitläufig einzurichten, als dies bis jetzt der Fall ist.